



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Umgang mit Zwangsmaßnahmen in bayerischen Psychiatrieeinrichtungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch vor der Sommerpause 2014 dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration sowie dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen über ihre Kenntnisse zu Zwangsmaßnahmen in bayerischen Einrichtungen der Forensik und der stationären Psychiatrie zu berichten.
2. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration sowie der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen führen eine gemeinsame Expertenanhörung zur Praxis im Umgang mit Zwangsmaßnahmen in bayerischen Einrichtungen der Forensik und der stationären Psychiatrie durch.

### **Begründung:**

Der aktuelle Fall einer Dauerfixierung von über 60 Tagen in der forensischen Abteilung des Isar-Amper-Klinikums Taufkirchen zeigt auf, dass erhebliche Handlungsbedarfe in Bezug auf den durch den Bundesgerichtshof angemahnten verfassungskonformen Einsatz von Zwangsbehandlungen in Bayern bestehen.

Zusätzlich gibt es Anforderungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention für die Versorgung psychisch Kranker, die weit über die geschlossene Unterbringung hinausgehen und sich in gesellschaftlicher Teilhabe und selbständiger Lebensführung ausdrücken. In der Anhörung soll auch thematisiert werden, inwieweit die Weiterentwicklung und Vernetzung der Versorgungsangebote für Menschen mit seelischen Erkrankungen in Bayern Einfluss auf die Zahl und Art der Zwangsbehandlungen nehmen können.